

II-8405 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/46-4-89

3899/AB

ANFRAGEBEANTWORTUNG

1989 -08- 04

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Dr. Gugerbauer und Genossen vom 12. Juli 1989,
Nr. 4188/J-NR/89, "Resolution der Marktgemeinde
Windhaag"

ZU 4188 IJ

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Ihre Frage

"Wie stehen Sie zu den Befürchtungen und Ängsten der Bevölkerung der Gemeinde Windhaag bei Perg, und was werden Sie unternehmen, um die bestehenden Mißstände abzuschaffen und mögliche Erweiterungen zu verhindern?"

darf ich wie folgt beantworten:

Die im Zuge der Änderung der Luftverkehrsregeln beabsichtigte Neustrukturierung des überwachten Luftraumes hat eine erhöhte Sicherheit im Nebeneinander der durch die Flugsicherung kontrollierten und der nach Sichtflugregeln fliegenden Luftfahrzeuge zum Ziel. Sie ist wegen der steigenden Zahl der Flugbewegungen notwendig geworden und soll keine generelle Ausweitung des Nahkontrollbezirkes Linz bewirken: so wäre z.B. nach dem vorliegenden Entwurf der - für die Allgemeine Luftfahrt - wichtige Flugplatz Freistadt in Hinkunft nicht mehr innerhalb des Linzer Nahkontrollbezirkes situiert. Die Ausdehnung der Überwachungszone nach Norden ist aber notwendig geworden, da sich ein großer Teil der Instrumentenab- und anflüge - flugstreckenbedingt - in diesem nördlichen Bereich bewegt, und im gleichen Gebiet Sichtflugverkehr,

- 2 -

insbesondere Segelflugverkehr, stattfindet. Vor Erreichen bzw. nach Verlassen dieser "Überwachungszone" sind Instrumentenflüge in der Regel so hoch, daß die Gefahr von Begegnungen mit Sichtflügen sehr gering ist. Diese Gefahr soll auch durch eine Änderung der Luftverkehrsregeln (Transponderpflicht oder Verpflichtung zur Sprechfunkverbindung ab einer gewissen Flughöhe) noch weiter verringert werden.

Da auch die Anflugverfahren für den Flughafen Linz durch die geplante Verordnung nicht betroffen werden, ist eine aus der Verordnung resultierende vermehrte Belastung der Gemeinde Windhaag durch Fluglärm auszuschließen.

Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung wurde jedenfalls kein Antrag auf Änderung der Luftraumstruktur im oberösterreichischen Zentralraum eingebracht; die im Motiventeil der Anfrage aufgestellte Behauptung, die beabsichtigte Maßnahme diene der Durchführung von Tiefflugübungen, kann ich daher aus der Sicht des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zurückweisen.

Wien, am 4. August 1989

Der Bundesminister

